

Provisorische Nationalversammlung. — Beilage 106.

# Antrag

des

## Abgeordneten v. Guggenberg und Genossen.

In dem durch die Ententetruppen besetzten Gebiete Südtirols befinden sich zahlreiche Familien der im Felde gestorbenen Militärs, von Pensionisten und Invaliden sowie vom Staate erhaltene Wittwen und Waisen, die seit dem Einbruch der Italiener keine Unterhalts- und Ruhebezüge mehr erhalten und daher gegenwärtig völlig subsistenzlos dastehen. Weder die einheimischen Behörden nahmen sich bisher ihrer an, noch weniger aber die gegnerischen. Die Vereinbarung des Waffenstillstandes vom 3. November l. J. kam so unerwartet und die Räumung des Landes erfolgte so überstürzt und ordnungslos, daß es den in Rede stehenden Personen und Familien ganz unmöglich war, sich für diese faum im Bereiche der Möglichkeit gestandene Eventualität vorzusorgen oder sich zu flüchten. Ihre Lage ist umso peinlicher, als es im Lande allenthalben an Lebensmitteln mangelt und die auf sie gesetzten Preise besonders hoch sind. Da Südtirol voraussichtlich bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens vom Gegner besetzt bleiben dürfte und bis dahin möglicherweise noch Monate verstreichen werden, läßt sich die Not und das unverdiente Elend der Betroffenen kaum ausdenken.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die hohe Nationalversammlung wolle beschließen:

„Der Staatsrat wird aufgefordert, in geeigneter Weise — wenn notwendig im Verhandlungswege mit der königlich italienischen Verwaltungsbehörde in Südtirol — Sorge zu tragen, daß den im besetzten Gebiete Südtirols weilenden, auf staatliche Bezüge angewiesenen Staatsangehörigen eine angemessene dauernde Anshilfe zugewendet werde, welche sie vor arger Not und vor Mangel schützt.“

Wien, 18. Dezember 1918.

Dr. Jerzabel.	Atanas v. Guggenberg.
Georg Baumgartner.	Schoepfer.
Tomaschitz.	J. Weiß.
Waldl.	Högendorfer.
Baechlé.	Eisenhut.
Schoiswohl.	Wollek.
K. Diwalb.	Lechner.
Wille.	Barrer.
Bauchinger.	Jodok Fink.
Stöckler.	Bofer.